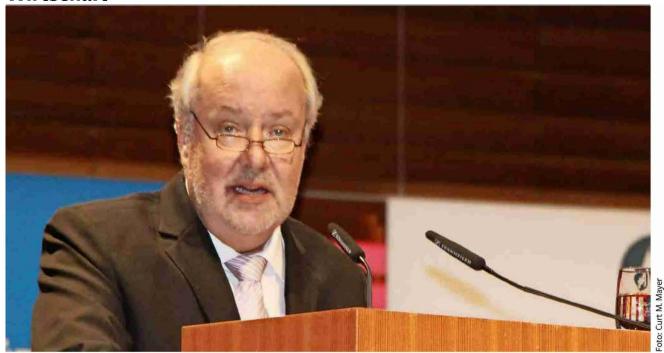
Nines Vorum gegen den Regulierungs Bschunge

Die Schweizer Baustoff-Industrie 3011 Bern 031/ 326 26 26 www.fskb.ch Medienart: Print Medientyp: Fachpresse Auflage: 2'600 Erscheinungsweise: 6x jährlich

Seite: 8 Fläche: 129'068 mm² Auftrag: 3006262 Themen-Nr.: 690.02 Referenz: 68800480 Ausschnitt Seite: 1/4

### Wirtschaft



Urs Hany, Präsident von Infra Suisse, rief seine Berufskollegen auf, aktiv bei der Erarbeitung von Regeln und in der Politik mitzumachen, da es dort Fachleute aus der Bauwirtschaft mit einem Sinn fürs Machbare braucht.

## Klares Votum gegen den Regulierungs-Dschungel

Die Schweizer Baubranche sieht sich mit einer zunehmenden Gesetzesflut konfrontiert, die das erträgliche Mass überschritten hat.

**CURT M. MAYER** 



Die Schweizer Baustoff-Industrie 3011 Bern 031/ 326 26 26 www.fskb.ch Medienart: Print Medientyp: Fachpresse Auflage: 2'600 Erscheinungsweise: 6x jährlich



Seite: 8 Fläche: 129'068 mm² Auftrag: 3006262 Themen-Nr: 690.02 Referenz: 68800480 Ausschnitt Seite: 2/4

ie übermässige Dichte der Regulierungen im Infrastrukturbau wurde an der gut besuchten Tagung von Infra Suisse in Luzern nicht nur von Unternehmerseite, sondern auch durch Vertreter öffentlicher Bauherren und Verwaltungen dargelegt. Einmal mehr bildete der Anlass zu Jahresbeginn das wichtigste Branchentreffen des Infrastrukturbaus, wo sich Politiker, Bauherren, Planer und Bauunternehmer über aktuelle infrastruktur- und verkehrspolitische Themen austauschen.

Dass das Tagungsthema in ein Wespennest stiess, lässt sich nicht nur an der Tatsache festmachen, dass allein das Bundesrecht jedes Jahr um mehrere tausend Seiten anwächst. Doch von den geschätzten 400'000 Artikeln, die der Baubranche vorschreiben, wie sie zu bauen hat, stammen 10 bis 20% von den eigenen Normenorganisationen. "Die Baubranche reguliert sich offenbar gerne selbst", betonte Infra Suisse-Geschäftsführer Matthias Forster und meinte: "Dem Staat allein die Schuld für die starke Regulierung in den Schuh zu schieben, wäre jedoch falsch." Doch zeigt der Kampf der Parteien und Wirtschaftsverbände gegen Bürokratie und Überregulierung kaum Wirkung. "Wir brauchen darum in der Schweiz eine Regulierungsbremse", stelle Forster fest.

#### Mehr politisches Engagement gefordert

Gute Regeln sind für die Bauwirtschaft wichtig, unterstrich Urs Hany, Präsident von Infra Suisse. Nach seiner jahrzehntelangen Erfahrung in lokalen, kantonalen und eidgenössischen Parlamenten rief er seine Berufskollegen an der Infra-Tagung daher auf, aktiv bei der Erarbeitung von Regeln mitzumachen. "Gehen Sie in die Politik! Dort braucht es Fachleute aus der Bauwirtschaft wie Bauunternehmer, Bauingenieure, Architekten oder Bauführer, die Sachverstand und einen Sinn fürs Machbare haben", ist der Infra-Präsident überzeugt.

### Infrastrukturabwicklung durch Zusammenwirken

Die beiden neuen Fonds für Bahn- und Strassen-Infrastrukturen sind gute Voraussetzungen für den Infrastrukturbau, betonte Toni Eder, Generalsekretär des Uvek. Mit diesen beiden Instrumenten verbessert sich die Planungs- und Investitionssicherheit für grosse Verkehrprojekte. "Bei der Umsetzung findet man sich aber ohne hochspezialisiertes Wissen im Dschungel der vielen Regeln, Gesetze und Normen

nicht mehr zurecht", stellte der Uvek-Generalsekretär fest. Bei Verkehrsinfrastrukturprojekten prallen zudem verschiedene Interessen und Bedürfnisse aufeinander. Werden diese nicht rechtzeitig berücksichtigt, kostet das einerseits massiv mehr Geld und Zeit, anderseits werden sie auch aufwendiger zu führen. Wie der Referent weiter betonte, können Fehler in der Steuerung der Projekte massive Zeitverzögerungen und Kostensteigerungen bewirken. Es gilt gemäss Eder, alle Akteure früh an einen Tisch zu bringen, wozu er zwei Beispiele erwähnte:

Für die Realisierung des Bahnhofausbaus Bern sind der RBS-Tiefbahnhof und der SBB-Zugang zu projektieren. Beide sind eng miteinander verknüpft und im selben Zeitraum durch mindestens zwei verschiedene Bauherren auszuführen. Mit dem Bund und dem Kanton als Besteller sind zudem zwei Financiers für das Projekt im Lead. Wie Eder darlegte, wurden - damit der Bau gelingt - nebst dem Bundesamt für Verkehr, dem Kanton und der Stadt Bern sowie den Erstellerinnen RBS und SBB auch wichtige Anstösser und Grundeigentümer wie die Post und die Burgergemeinde Bern in die Projektorganisation einbezogen. "Dies ermöglicht einen raschen, direkten Kontakt, und offene Fragen können dank kurzen Wegen rasch geklärt werden", betonte der Uvek-Generalsekretär.

Mit dem neuen Ligerztunnel der SBB wird die Gemeinde umfahren und vom Eisenbahnlärm entlastet. Da der Tunnel aber in einem Gebiet realisiert wird, das teils im Unesco-Weltkulturerbe liegt und national geschützt ist, haben BAV und SBB von

Anfang an alle betroffenen Gemeinden und Fachstellen einbezogen, sagte Eder. Deren Inputs konnten früh ins Projekt eingearbeitet werden – und so wird es nun von allen gemeinsam getragen.

### Im Wirrwar von Gesetzen und Verordnungen

Dass Regeln vereinfacht, koordiniert und harmonisiert werden, wird von Pierre Broye, Vorsitzender der KBOB, der Organisation der grössten öffentlichen Bauherren, und Direktor des Bundesamtes für Bauten und Logistik BBL, verlangt. Dabei sind Dichte und Vielfalt der Regelwerke im Baubereich für Bauherren, Planer und Bauunternehmen ein Problem. "Es ist schwierig bis unmöglich, alle Gesetze, Verordnungen, Weisungen, Empfehlungen, Richtlinien, Normen und Standards im Baubereich angemessen zu berücksichtigen", sagte Broye.

Die Schweizer Baustoff-Industrie 3011 Bern 031/ 326 26 26

Medienart: Print Auflage: 2'600 Erscheinungsweise: 6x jährlich



Seite: 8 Fläche: 129'068 mm² Auftrag: 3006262

Referenz: 68800480

Zwar braucht es zum Bauen Regeln für einen regulären Wettbewerb - man denke nur an das öffentliche Beschaffungswesen. Und daneben ist natürlich auch Fairplay erforderlich: Die Regeln müssen eingehalten werden, da sie die Basis für das gegenseitige Vertrauen sind, welches auch zwischen den öffentlichen Bauherren und der Bauwirtschaft nötig ist. Um erfolgreich arbeiten zu können, sind die Regeln mit Bedacht anzuwenden.

### Qualitätswettbewerb im öffentlichen Beschaffungswesen

Bei öffentlichen Aufträgen gewinnt in der Regel das Angebot mit dem tiefsten Preis. Bauunternehmen, die sich mit Innovation und Qualität profilieren wollen, drohen hingegen leer auszugehen, betonte Bundesverwaltungsrichter Marc Steiner aus seiner Erfahrung im Wirtschaftsverwaltungsrecht. "Das ist nicht im Sinne des Vergaberechts; dieses bekennt Zaugg folgende Faktoren für ein Mitgestalten der sich nämlich klar zum Qualitätswettbewerb." Dass trotzdem oft allein der Preis ausschlaggebend ist, ist nicht eine Frage des Rechts, sondern der Vergabekultur. Im öffentlichen Sektor ist die Überzeugung weit verbreitet, so Steiner, dass die Vergabe an das billigste Angebot bei Vorgesetzten und Politikern Projekt ein herausragender und zukunftsweisender am wenigsten Fragen aufwirft.

### Nachhaltige Vergabepraxis

Einige Bauherren haben bereits erkannt, dass sich das kurzfristige, preisliche Optimum nicht rechnet und sich dem Grundsatz der Nachhaltigkeit verschrieben. So auch Dominik Zaugg, Standortarchitekt der F. Hoffmann-La Roche AG und Vorstandsmitglied Netzwerk Nachhaltiges Bauen Schweiz (NNBS). Für Zaugg hat Nachhaltigkeit konkrete Folgen für Bauherren, Planende und Bauunternehmen. "Nachhaltiges Bauen und ein einheitliches Verständnis davon, was nachhaltig ist, bringt allen Vorteile", zeigte er sich an der Infra-Tagung überzeugt. Das NNBS entwickelt aktuell einen Kriterienkatalog, der helfen soll, die Nachhaltigkeit von Infrastrukturbau-Projekten zu beurteilen.

In drei Punkten zusammengefasst, sind gemäss nachhaltigen Zukunft notwendig: Leidenschaft, Willen und Durchsetzungskraft, um zukünftige Projekte nachhaltig zu bauen, ferner Mut zu aussergewöhnlichen Lösungen und Zusammenarbeit durch Einbezug aller Beteiligten. "Gemeinsam wird Ihr nächstes Erfolg", ist Zaugg überzeugt. ■

**TAUSEND** Artikel schreiben vor, wie zu bauen ist.

"Es ist schwierig bis unmöglich, alle Gesetze, Verordnungen, Weisungen, Empfehlungen, Richtlinien, Normen und Standards im Baubereich angemessen zu berücksichtigen."

#### Pierre Broye,

Vorsitzender der KBOB

### Paradigmenwechsel im Beschaffungsrecht

Nach dem Willen der Wirtschaftskommission des Nationalrats (WAK-N) soll die Plausibilität des Angebots in die Zuschlagskriterien aufgenommen werden. Dies hat sie im Rahmen ihrer Detailberatungen zur Revision des Beschaffungsrechts (BöB) beschlossen. Mit Mehrheitsentscheid sollen ferner ungewöhnlich niedrige Angebote genauer überprüft werden.

### Angebotsplausibilisierung als Zuschlagskriterium

Die WAK-N beabsichtigt, dem Parlament griffige Massnahmen gegen Dumpingangebote zu beantragen. Dazu hat die Kommission beschlossen, das Anliegen der Allianz für ein fortschrittliches öffentliches Beschaffungswesen (AföB) nach der Einführung einer Ange-

botsplausibilisierung in die Zuschlagskriterien aufzunehmen. "Dies ist ein wichtiger Schritt, um unsinnige Preisofferten zu bekämpfen und die Qualität von Angeboten zu verbessern", ist Heinz Marti, Präsident der Usic und Co-Präsident der AföB, überzeugt.

Im Weiteren müssen ungewöhnlich niedrige Angebote strenger überprüft werden. Die Prüfungspflicht, die bisher nur bei Anbietern aus dem öffentlichen Sektor galt, soll nun für alle eingereichten Angebote gelten. Damit erhalten die Vergabebehörden ein griffiges Instrument, um gegen reine Tiefpreisangebote vorgehen zu können, heisst es von der AföB. Ferner hat die Kommission den Begriff "wirtschaftlich günstigstes Angebot" präzisiert, das damit dasjenige Angebot mit dem besten Preis-Leistungs-Verhältnis sein soll. PD

Klanes Votum gegen den Regulierungs Dschunge

Die Schweizer Baustoff-Industrie 3011 Bern 031/ 326 26 26 www.fskb.ch

Medienart: Print Medientyp: Fachpresse Auflage: 2'600 Erscheinungsweise: 6x jährlich

Seite: 8 Fläche: 129'068 mm² Auftrag: 3006262 Themen-Nr.: 690.021 Referenz: 68800480 Ausschnitt Seite: 4/4







to: Infra

Links: Für Toni Eder, Generalsekretär des Uvek, bilden die beiden neuen Fonds für Bahnund Strassen-Infrastrukturen gute Voraussetzungen für den Ausbau der Verkehrsnetze. Mitte: Pierre Broye, Vorsitzender KBOB und Direktor des Bundesamts für Bauten und Logistik, plädierte dafür, dass Regeln vereinfacht, koordiniert und harmonisiert werden.

Rechts: Marc Steiner bekennt sich als Bundesverwaltungsrichter klar zum Qualitätswettbewerb und ist für eine Vergabekultur nicht an den Billigstanbieter.